

Die Millenniumsziele – eine kritische Zwischenbilanz 2005

Renée Ernst

Vielen Dank für die Einladung und die Möglichkeit, hier im Rahmen der Potsdamer UNO-Konferenz einen Beitrag zu leisten. Ich bin gebeten worden, eine Zwischenbilanz fünf Jahre nach der Unterzeichnung der Millenniumserklärung zu ziehen. Diese Zwischenbilanz fällt gemischt aus, deutliche Fortschritte sind nur in wenigen Ländern zu verzeichnen. Ein wichtiger Grund dafür ist, daß die Industrieländer sich nicht ausreichend für die Millenniumsziele einsetzen. Dies gilt auch für Deutschland!

Aber bevor ich mich mit der Bewertung im Einzelnen befasse, möchte ich Ihnen vorweg in einer kurzen Einleitung die Millenniumserklärung und die daraus abgeleiteten Millenniumsentwicklungsziele darstellen:

Die Millenniumserklärung

Als während der Millenniumsgeneralversammlung der Vereinten Nationen im September 2000 189 Staats- und Regierungschefs die Millenniumserklärung unterzeichneten, bestand Übereinstimmung über die Dringlichkeit, diese auch umzusetzen.

„Wir werden keine Mühe scheuen“, so beginnen die acht Kapitel der Millenniumserklärung, in der sich die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen verpflichten, die weltweite Armut zu bekämpfen, den Frieden zu sichern und die Globalisierung gerecht und nachhaltig zu gestalten.

Die Erklärung beginnt mit der Festlegung gemeinsamer Werte und Prinzipien, wie Gleichheit und gemeinsame Verantwortung, und die nachfolgenden sieben Kapitel sind den wichtigsten Aufgaben der Vereinten Nationen gewidmet:

In den ersten vier Kapiteln werden verbindliche Ziele festgelegt: das ist zunächst die Gewährleistung von Frieden, Sicherheit und Abrüstung sowie der Bereich der Entwicklung und Armutsbeseitigung. Es folgen der Schutz der gemeinsamen Umwelt und der Bereich der Menschenrechte, der Demokratie und der guten Regierungsführung. Weitere Kapitel sind dem Schutz der Schwächeren, der Deckung der besonderen Bedürfnis-

se Afrikas und der Stärkung der Vereinten Nationen, d.h. der Reform der Weltorganisation, gewidmet.

Die Millenniumsentwicklungsziele

Damit diese einzigartige Erklärung nicht nur ein weiteres schönes Papierwerk bleibt, legte der Generalsekretär der Vereinten Nationen im September 2001 der Generalversammlung einen „Kompaß“ für die Umsetzung der Millenniumserklärung vor. Darin sind acht wichtige entwicklungspolitische Ziele aus dem Entwicklungs- und Umweltkapitel, die größtenteils bis zum Jahr 2015 erreicht sein sollen, in einer Liste zusammengestellt. Für jedes Ziel sind Teilziele und Indikatoren formuliert.

Die acht Millenniumsziele

1. Die Beseitigung von extremer Armut und Hunger
2. Die Verwirklichung der allgemeinen Grundschulausbildung
3. Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und „Empowerment“ der Frau
4. Senkung der Kindersterblichkeit
5. Die Verbesserung der Gesundheit der Mütter
6. Die Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen Krankheiten
7. Die Implementierung von nachhaltigem Umweltschutz
8. Die Schaffung einer globalen Partnerschaft für Entwicklungszusammenarbeit

Aufgrund ihrer Einfachheit, ihrer Meßbarkeit und ihrer Erreichbarkeit wirken sich die Millenniumsentwicklungsziele positiv auf die globalen Entwicklungsanstrengungen aus – sie wirken wie ein Katalysator für globale Entwicklung. Jeder kann sie verstehen, ihre Bedeutung begreifen und beurteilen, ob die eigene Regierung genug für die Erreichung der Ziele unternimmt. Und wenn dies nicht der Fall ist, kann jeder entsprechende Initiativen ergreifen. Die Millenniumsziele wirken von unten nach oben, sie sind eine „Grassroots“-Initiative, ein praktischer Ratgeber für Entwicklungszusammenarbeit.

In der Tat unterzeichneten die Regierungen im Namen ihrer Regierungsinstitutionen, einschließlich der Wirtschafts- und Finanzministerien, die *Millenniumserklärung*, um sicherzugehen, daß „die Globalisierung positi-

ve Auswirkungen auf alle Bürger der Welt hat“. Daher ist es völlig gerechtfertigt, daß die Bürger nun kritisch fragen, ob die Regierung auch genügend Entwicklungshilfe geleistet hat, und ob ihre Politik im Rahmen des Internationalen Währungsfonds und der Welthandelsorganisation auch mit den gegebenen Versprechen vereinbar ist. Hinzu kommt: die armen Länder können ihre Ziele nur dann erreichen, wenn die wohlhabenden Länder ihrem Teil der Übereinkunft schon vor 2015 und damit so bald wie möglich nachkommen.

Gemischte Zwischenbilanz

Die Zwischenbilanz nach fünf Jahren Millenniumsprozeß zeigt einige äußerst vielversprechende Entwicklungen, aber auch einige Schwachpunkte. Eine große Anzahl Länder befindet sich auf bestem Wege, die Millenniumsziele zumindest teilweise zu erreichen.

Vor allem im Subsahara-Afrika ist die Situation jedoch äußerst besorgniserregend. Im Durchschnitt wird keines der Ziele in dieser Region erreicht werden.

Aber auch dort gibt es positive Entwicklungen, sogar bei einigen der am wenigsten entwickelten Länder (LDCs) in dieser Region: Tansania ist auf bestem Weg, das Wasser-Ziel zu schaffen und die allgemeine Primarschulbildung zu ermöglichen, Uganda und Senegal können die Aids-Pandemie zurückdrängen, und in Mosambik können sowohl die Ziele zur Armutsreduzierung als auch zur Senkung der Kindersterblichkeit erreicht werden. Wenn sogar einige der ärmsten Länder in Subsahara-Afrika zumindest einen Teil der Ziele erreichen, dann sollte uns das sehr zuversichtlich stimmen, daß sie tatsächlich überall erreicht werden können. Vorausgesetzt, es gibt den politischen Willen, die Ziele in das Zentrum der lokalen, nationalen und internationalen Politik zu stellen.

Denn auch die oben beschriebenen Erfolgsgeschichten können nur damit erklärt werden, daß in diesen Fällen sowohl die Regierungen des Südens eine gute Politik machen als auch die reichen Länder diesen mit großzügiger Hilfe und Schuldenreduzierung beistehen. Das heißt, dort wo konkrete Aktivitäten unternommen werden, sind auch positive Veränderungen zu beobachten: Die Millenniumsentwicklungsziele erkennen ausdrücklich an, daß Armut nur mit einer globalen Partnerschaft für Entwicklung beseitigt werden kann.

Die armen Länder sind darauf angewiesen, daß die reichen Länder mitziehen. Doch diese globale Partnerschaft leidet an einigen Schwachpunkten. Während für die armen Länder in den Zielen 1 bis 7 klare quan-

titative Vorgaben gemacht wurden, fehlen diese für das Ziel 8, das die Aufgaben der reichen Länder beschreibt.

Wir können den Kampf gegen Armut und Ungleichheit noch gewinnen. Aber wir stehen heute, zehn Jahre bevor diese Entwicklungsziele umgesetzt sein sollen, an einem kritischen Punkt in diesem Kampf. Die reichen Länder müssen ihr Reden und ihr Handeln in Einklang bringen. Sie müssen konkrete Schritte unternehmen und sich konkrete Ziele setzen, um das Ziel 8 zu erfüllen.

Dies gilt vor allem für die Bereiche Entwicklungshilfe, Handel und Schuldenreduzierung. Wir brauchen vor allem politischen Willen für Veränderungen.

Deutschland hat dem EU-Stufenplan zugestimmt

Die Welt war noch nie so reich wie heute. Der Pro-Kopf-Reichtum hat sich zwischen 1961 und 2000 verdoppelt, aber die Pro-Kopf-Entwicklungshilfe ist heute niedriger als vor vier Jahrzehnten. Die Entwicklungshilfe weltweit (ODA) beträgt heute nur 0,25 % des Bruttonationalprodukts statt der 0,7 %, die sich die EU schon vor Jahrzehnten als Ziel gesetzt hat.

Nur fünf europäische Länder – Schweden, Norwegen, Niederlande, Dänemark und Luxemburg – haben bislang diese Selbstverpflichtung erfüllt und liegen zwischen 0,8 und 1 %. Vier weitere Länder haben sich verpflichtet, 0,7 % bis zu einem konkreten Datum zu erreichen: Irland will dieses Ziel bereits 2007, Belgien und Finnland bis 2010 und Frankreich bis 2012 erfüllen. Seit dem 24. Mai 2005 liegt nun ein EU-Ratsbeschluss vor, wonach die 15 („alten“) Mitgliedstaaten der EU den Anteil der Mittel für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) nach und nach auf 0,7 % bis 2015 steigern – konkret heißt es in dem Stufenplan, 0,5 % sind bis zum Jahr 2010 zu erreichen und 0,7 % gilt es spätestens 2015 zu erfüllen.

Deutschland hat diesem Plan ebenfalls zugestimmt. Bereits beim EU-Gipfel in Barcelona im Jahr 2002 hatte Deutschland angekündigt, die ODA bis 2006 auf 0,33 % zu erhöhen. Mit derzeit 0,28 % befindet sich Deutschland im unteren Drittel der EU, zusammen mit Österreich, Griechenland, Portugal, Italien und Spanien.

Wie Horst Köhler sagte: *„Dies ist die gleiche Menge wie die Bundesregierung und das Land Nordrhein-Westfalen für Kohlesubventionen aufbringen. Jeder, der die wirklichen Ursachen und Schuldigen für das Unrecht dieser Welt sucht, sollte sich wenigstens diese Zahlen vor Augen*

halten. Sie sind eine konkrete Aussage über die gegenwärtigen Sozialpräferenzen in Deutschland.“

Das heißt, die Unterzeichnung des Stufenplans ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Doch Kritiker verweisen häufig auf die Möglichkeit, diese Zahlen „schön zu rechnen“ – zum Beispiel die weitreichende Entschuldung des Irak mit in diese Bilanz einzubeziehen anstatt neue Gelder (sog. fresh money) für die Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen. In Anbetracht leerer Haushaltskassen ist das freilich keine leichte Angelegenheit. Mehrere Vorschläge zur Entwicklungsfinanzierung liegen auf dem Tisch, spätestens bei der konkreten Umsetzung wird es sich zeigen, wo die politischen Prioritäten liegen.

Größere Anstrengungen sind nötig

Wir können die Millenniumsentwicklungsziele noch erreichen. Doch dafür sind vor allem die reichen Länder gefordert. UN-Berichte zeigen ganz klar, daß die Entwicklungsländer bislang mehr für die Millenniumsentwicklungsziele geleistet haben als die reichen Länder.

Diese müssen sich vor allem bei den Themen Handel, Landwirtschaft und Marktöffnung bewegen. Würde der Anteil der Entwicklungsländer am Welthandel um nur ein Prozent anwachsen, könnten sich 128 Millionen Menschen aus der Armut befreien. Doch die derzeitige Handelspolitik diskriminiert die Entwicklungsländer. Sie sehen sich noch immer einem beschränkten Zugang zu den Märkten der reichen Länder gegenüber.

Handel – Reduzierung der Agrarsubventionen, Öffnung der Märkte und Stärkung des multilateralen Handelssystems

Für Entwicklungsländer ist es absolut essentiell, in die Weltwirtschaft integriert zu werden; aber leider haben nicht alle Spieler die gleichen Karten. Reiche Länder haben enormen Spielraum, den Marktzugang für arme Länder und deren Importe zu erweitern, indem Zölle, anderweitige Handelsbarrieren und Subventionen verringert werden.

Der Bereich mit den stärksten Verzerrungen ist die Landwirtschaft. Viele Entwicklungsländer hängen noch immer besonders von der Landwirtschaft ab. Drei Viertel der Armen auf der Welt leben von der Landwirtschaft oder damit zusammenhängenden Aktivitäten.

Reiche Länder – und die EU gehört zu den stärksten Protagonisten – bewilligen umfassende Unterstützungsmaßnahmen für ihre Landwirte

und zahlen ihnen jährlich 300 Milliarden US-Dollar für Agrarsubventionen aus. Diese Beihilfe führt zur weltweiten Überproduktion, die effektiv die Weltpreise niedrig hält, Märkte in armen Ländern überschwemmt und die Wettbewerbsmöglichkeiten und Anreize für Landwirte in den sich entwickelnden Gesellschaften untergräbt.

Europas Kühe werden täglich mit mehr als 2 US-Dollar pro Tag subventioniert, das ist mehr als das Einkommen der Hälfte der globalen Bevölkerung. EU-Steuerzahler zahlen jährlich 2,5 Milliarden Euro, um die Milchindustrie durch ein System zu unterstützen, das gleichzeitig den Lebensunterhalt von vielen Menschen in einigen der ärmsten Ländern der Welt zerstört. EU-Überschüsse von Milch und von Milchprodukten werden mit teuren Exportprämien auf Weltmärkte geworfen und untergraben die Märkte der Entwicklungsländer. Wegen dieser Beihilfe ist holländisches Milchpulver so preiswert, daß Milchfabriken in Tansania es vorziehen, dieses Pulver anstelle von Milch lokaler Kleinbauern zu kaufen.

Ein weiteres Beispiel ist Zucker (Deutschland ist für fast ein Viertel der EU-Zuckerrübenproduktion verantwortlich). Landwirtschaftliche Subventionen verwandelten die EU von einem wichtigen Nettozuckerimporteur in den 70er Jahren zu einem heute dominanten Nettoexporteur. Tatsächlich ist aber die Produktion von Zuckerrohr in Entwicklungsländern viel kosteneffektiver. Allerdings tragen diese Länder jetzt die Belastung des gegenwärtigen Zuckerhandelsregimes, welches sie 400.000 Arbeitsplätze in der Zuckerindustrie gekostet hat.

Die Agrarpolitik der OECD-Länder kostet Konsumenten und Steuerzahler rund 300 Milliarden US-Dollar pro Jahr, das ist sechsmal soviel wie die Entwicklungszusammenarbeit. Selbstverständlich hat jedes reiche Land das Recht, wenn nicht sogar die Verpflichtung, seine Steuereinnahmen auch dazu zu verwenden, den Lebensunterhalt seiner Landwirte zu unterstützen. Dieses sollte und kann aber auf eine Art und Weise getan werden, die nicht die Agrarmärkte beeinträchtigt, von denen arme Bauern in Entwicklungsländern abhängen. Maßnahmen wie direkte Einkommensunterstützung oder Belohnung von Landwirten für Initiativen zum Wohl der Allgemeinheit, wie Umwelt- und Landschaftsschutz, sind nur einige von vielen Möglichkeiten. Die gegenwärtige Form der Subventionierung erreicht jedoch noch nicht einmal ihre vorgegebene Zielsetzung; sondern erhöht in der Tat nur die Produktion, anstatt die zugrundeliegenden Probleme direkt anzugehen.

Das durchschnittliche Einkommen der Haushalte auf Bauernhöfen ist nicht niedriger als das generelle durchschnittliche Haushaltseinkommen in den USA und in der EU (mit der Ausnahme von Griechenland). Die

staatliche Unterstützung ist sehr einseitig zu Gunsten großer und wohlhabenderer landwirtschaftlicher Betriebe formuliert. Gezielte Unterstützung von Einkommen für diejenigen, die sie am meisten benötigen, wäre viel kosteneffektiver. So schlagen sich drei Viertel der finanziellen Unterstützung für Bauernhöfe nicht in erhöhtem Einkommen für Landwirte nieder, sondern gehen direkt an Lieferanten oder in die Erhöhung der Grundstückswerte.

Momentan sind nur 4 % der finanziellen Unterstützung für Umweltschutz vorgesehen. Da die Unterstützung im allgemeinen eher einen Ansporn liefert, mehr zu produzieren, führt sie sogar zu erhöhtem Verbrauch von Düngemitteln und Chemikalien, und damit zu mehr Luft-, Wasser- und Bodenverschmutzung. Eine Politik, die direkte Zahlungen für öffentliche Güter und Dienstleistungen zulassen würde, wäre preiswerter und kosteneffektiver. Eine Reform in der Agrarpolitik würde die Höhe der Unterstützungsgelder erheblich senken und damit Hunderte von Milliarden US-Dollar freisetzen, die Belastung von Verbrauchern und Steuerzahlern verringern, und gleichzeitig dabei helfen, nachteilige Handelsbarrieren und Subventionierungen zu beseitigen.

Da zwei Drittel der weltweit Armen in ländlichen Gebieten leben und von der Landwirtschaft abhängen, ist die Beendigung der Verzerrungen auf internationalen und lokalen Agrarmärkten ein entscheidender Schritt, um das erste Millenniumsziel zu erreichen.

An dieser Stelle möchte ich Entwicklungsministerin *Wieczorek-Zeul* zitieren: *„Exportsubventionen für Agrarerzeugnisse sind ein kontinuierlicher Schlag ins Gesicht für Entwicklungsländer“* und *„es ist ein absoluter Skandal, daß Industrieländer sich gegenseitig niedrigere Zölle auferlegen als auf Waren, die sie aus Entwicklungsländern importieren“*.

Entwicklungsländer haben noch immer erschwerten Zugang zu Märkten

Trotz beachtlicher Liberalisierungsbemühungen in den letzten Jahrzehnten sind Handelsbarrieren immer noch hoch, insbesondere für arbeitsintensive Güter und Dienstleistungen, in denen Entwicklungsländer einen Wettbewerbsvorteil besitzen. Exportprodukte aus armen Ländern werden durch hohe Zölle (insbesondere auf Agrarprodukte, Textilien und Kleidung) und durch die Erhöhung von Zöllen vom Weltmarkt weitgehend ausgeschlossen. Die Barrieren für Produkte aus Entwicklungsländern sind doppelt so hoch wie jene für Industrieländer.

Die Senkung von Zollhöchstsätzen auf Exportgüter, die für arme Länder von Interesse sind, ist essentiell, wenn sie die Chance bekommen sollen, sich einen Weg aus der Armut „herauszuhandeln“.

Auf dem Millenniumsgipfel verpflichteten sich Führungskräfte aus Entwicklungsländern und Industriestaaten sicherzustellen, daß *„Globalisierung eine positive Auswirkung auf alle Bürger der Welt hat“*. Im Jahr 2001 wurde mit der Doha-Erklärung zum ersten Mal unmißverständlich klargestellt, daß die *„Bedürfnisse und Interessen der armen Länder ins Zentrum der Handelsordnung“* gestellt werden müssen. Die Monterrey-Erklärung von 2002 erkannte an, daß *„Handel die mit Abstand wichtigste Finanzierungsquelle für Entwicklung“* ist. Auf dem G7-Gipfel verpflichteten sich die Finanzminister *„sicherzustellen, daß die Zielsetzungen und der gesamte Zeitplan der Doha-Runde erreicht wird, und daß auf der Ministerialsitzung in Cancún entsprechende Entscheidungen getroffen werden, die nötig sind, um jene Ziele zu erreichen.“* Die gegebenen Versprechen müssen erfüllt werden. Es ist unsere Aufgabe und Verpflichtung und es ist zum Wohle aller.

Deutschland und andere OECD-Staaten müssen konkrete Schritte unternehmen, um die Doha-Entwicklungsrunde wieder auf die Beine zu stellen und die Handelspolitik zu verbessern, damit sichergestellt werden kann, daß Entwicklungsländer vom Handelssystem profitieren. Die Doha-„Entwicklungs-Handelsrunde“ versprach die erste Runde von Handelsverhandlungen zu sein, an denen Entwicklungsländer nicht nur als Bettler am Festmahl teilnehmen würden. Abermals jedoch war Cancún ein Manifest geplatzter Träume.

Konkrete Maßnahmen sind gefordert

Wir haben heute mehr Ressourcen, stärkere Technologien und besseres Know-how als je zuvor. Und wir können Millionen von Menschen helfen, ihren eigenen Ausweg aus der Armut zu finden. Es gibt keine Ausreden mehr, dies nicht zu tun.

In diesem September treffen sich die Regierungschefs der Welt, um eine Zwischenbilanz des bisherigen Prozesses zu ziehen. Noch haben wir zehn Jahre Zeit, um die Millenniumsentwicklungsziele zu erreichen. Es ist spät, aber nicht zu spät, um aktiv zu werden.

Zum Abschluß möchte ich *Eveline Herfkens* zitieren: *„Wir sind die erste Generation, die dem Hunger ein Ende bereiten kann. Wir sollten uns weigern, diese Chance verstreichen zu lassen.“*

Abstract

The interim result five years after 189 countries have signed the Millennium Declaration is a mixture of positive and negative outcome. A few countries have worked very successful on achieving the Millennium Development Goals (MDGs) but it is still a long way to an overall fulfilment of the goals.

In ten years from now the eight development goals, all from the development and environment chapter of the Millennium Declaration, should be achieved. Because of their simplicity and measurability everybody can understand them and figure out, if their own government is working hard enough to achieve these goals. If this is not the case everyone can be proactive and put pressure on the government.

Germany is at the lowest third in the EU with regard to ODA commitment. Only five European countries, Sweden, Norway, the Netherlands, Denmark, and Luxembourg, have already achieved the 0.7 % goal. This is definitely too little in relation to the resources which are available. We have the resources, technology, and the know-how to eradicate extreme poverty on earth. The only thing lacking is the political will to use these gifts. Therefore, to reach the MDGs, especially on time, greater effort is needed, of the poor countries as well as of the rich countries.

One of the most important steps which have to be taken is the change and increase of trade with and between the poor countries. Agricultural subsidies in the richer world have to be cut. They lead to worldwide overproduction which flood the markets of the so-called developing countries and which in the end destroy their competitiveness on the world market.

Hand in hand with cutting subsidies goes a need for opening the markets of the poor countries for and strengthening the multilateral trading system. More than two-thirds of the worldwide poor live from agriculture. Working on reforming this field to make it fair for everyone would help extraordinary to achieve the MDGs.

All the 189 countries which signed the Millennium Declaration in the year 2000 have to work together. When we do not stand together behind the goals we will not be able to achieve them. But if we stand together it will be possible and extreme hunger and poverty will largely be eradicated by the year 2015.

Die Millenniumsziele – eine kritische Zwischenbilanz 2005

– Diskussionszusammenfassung

Norman Weiß

Die Diskussion griff verschiedene von den Referenten angesprochene Aspekte auf, ohne daß sich ein erkennbarer Schwerpunkt abgezeichnet hätte. Einerseits ging es um die grundlegende Einordnung der Millennium Development Goals (MDG) und der damit verbundenen Strategien. Zum Teil wurde auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die Ziele bis zum Jahre 2015 zu erreichen, zum Teil wurden letztere als Motivationsfaktor und bewußtseinsbildende Diskusionelemente gewertet.

Zu dem zunächst angesprochenen Punkten zählte der Stufenplan der Europäischen Union, die Entwicklungshilfe der EU-Mitgliedstaaten schrittweise auf 0,7 % des Bruttoinlandproduktes anzuheben (*Hüfner, Unser*). Während dieser Schritt begrüßt, gleichzeitig aber auch kritisch hinterfragt wurde, wurde bei den Themen Schuldenerlaß und Agrarsubventionen (*Wüstenhagen*) Besorgnis geäußert. *Ernst* unterstrich den Handlungsbedarf hinsichtlich des Themas der Agrarsubventionen und begrüßte die Selbstverpflichtung im EU-Stufenplan. Hinsichtlich des Schuldenerlasses gab sie zu bedenken, daß es sich einerseits sowieso um Schulden handele, die nicht zurückgezahlt worden wären und die frei werdenden Mittel andererseits für die entsprechenden Länder gleichwohl Spielräume eröffneten.

Es gab Bedenken, ob die MDGs überhaupt realisierbar seien und ob die daraus resultierende Durchschnittsbetrachtung nicht tatsächliche Defizite überdecke (*Völkel, Hüfner*). *Ernst* ließ diese Frage offen und maß den MDGs einen unschätzbaren Mobilisierungseffekt bei. Daran anknüpfend bemängelte *Maas* die fehlende Nachhaltigkeit des Konzeptes über das Jahr 2015 hinaus. In diesem Zusammenhang wurde auf Studien über die „International Finance Facility“ hingewiesen.

Den Hinweis der Referentin auf die Verantwortung der Empfängerländer unterstrich *Horn*, der außerdem nach den Möglichkeiten einer wirkungsvollen Kontrolle guter Regierungsführung (Good Governance) fragte. *Ernst* wies auf die Poverty Reduction Strategy und auf Kontrollmaßnahmen im Zusammenhang mit NEPAD hin.

Inhaltlich beschäftigten sich mehrere Beiträge mit Problemen der Schulbildung, deren Situation in den verschiedenen Ländern sich stark unterscheidet und die daher besonders differenziert zu beurteilen seien (Völkler, Hüfner, Ernst).